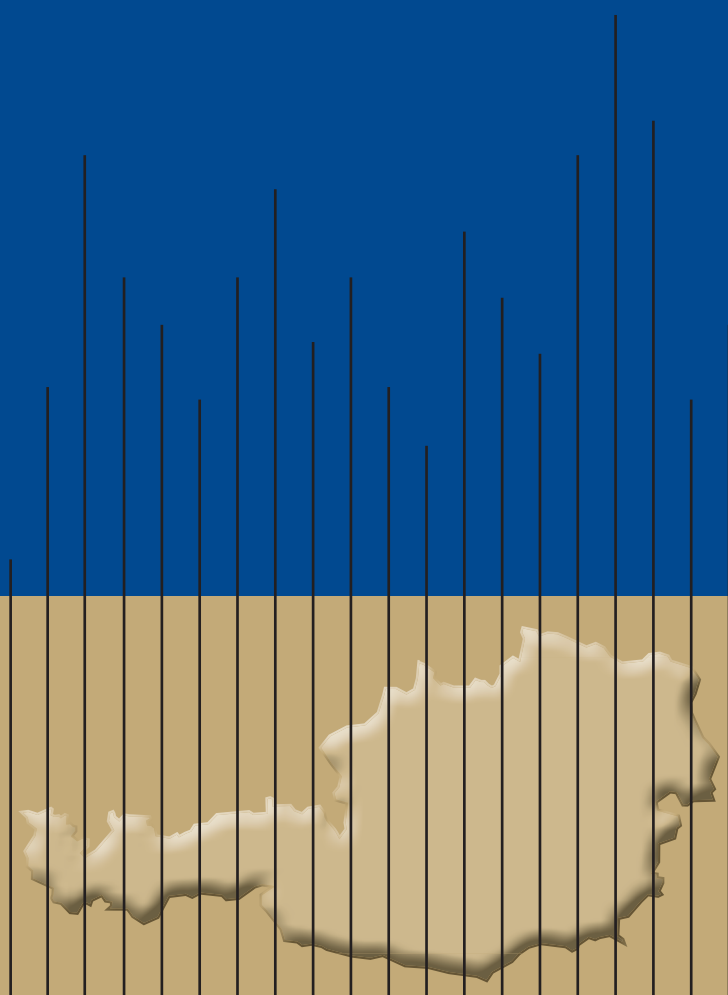




OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

FAKTEN ZU ÖSTERREICH UND SEINEN BANKEN



Inhalt

Kennzahlen	4
Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich	6
1 Österreichs Wirtschaft ist strukturell in einer guten Verfassung	8
1.1 Österreich zählt zu den leistungsstärksten Wirtschaften im Euroraum	8
1.2 Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gerät unter Druck	13
1.3 Öffentliche Finanzen: Maastricht-Defizit und Schuldenstand geringer als im Euroraum-Durchschnitt	16
2 Trotz verbesserter Profitabilität bleiben Herausforderungen für österreichische Banken	21
2.1 Verbesserung der Profitabilität und Kapitalisierung – identifizierte Risiken für Finanzmarktstabilität bleiben bestehen	21
Kasten 1: Wesentliche Entwicklungen bei Hypo Group Alpe-Adria bzw. HETA Asset Resolution AG seit 2014	23
2.2 Fokus der Aktivitäten österreichischer Banken weiterhin auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa	24
2.3 Aufsichtliche Maßnahmen als wichtiger Beitrag zu Finanzmarktstabilität	26
2.4 Wesentliche Fortschritte in der Errichtung der Bankenunion	29
Kasten 2: Nationale Umsetzung der Einlagensicherungs-Richtlinie mit Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten beschlossen	29
3 Tabellenanhang	31

Redaktionsschluss: 20. Oktober 2015

Kennzahlen

Letztes Update: 31. Jänner 2016

Kennzahlen – Realwirtschaft

	Q4 14	Q1 15	Q2 15	Q3 15	Q4 15	2014	2015	2016	2017
Wirtschaftliche Aktivität	<i>in Mrd EUR (gleitende Summe über vier Quartale)</i>								
BIP, nominell	329,7	331,2	333,0	335,0	337,2	329,7	337,2	349,6	361,5
	<i>Veränderung zur Vorperiode in % (real)</i>								
BIP	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,7	1,9	1,8
Privater Konsum	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	1,6	1,4
Öffentlicher Konsum	0,0	0,2	0,3	0,3	0,6	0,8	0,8	1,3	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	0,2	0,4	0,6	0,4	-0,1	0,4	2,3	2,2
Exporte insgesamt	0,1	0,2	0,9	1,5	0,8	2,2	2,3	3,9	4,5
Güterexporte	-0,3	0,2	1,3	1,6	1,0	2,0	2,3	4,1	4,5
Importe insgesamt	0,1	0,4	0,9	2,0	1,1	1,1	2,1	3,6	4,3
Güterimporte	-0,2	0,5	1,2	2,0	1,0	0,5	2,0	3,9	4,2
	<i>in % des nominellen BIP</i>								
Leistungsbilanzsaldo	x	x	x	x	x	2,0	2,7	2,8	3,1
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Preise	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,3	0,6	1,0	0,9	0,7	1,5	0,8	1,3	1,7
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer	1,6	1,7	1,9	2,0	0,3	1,8	1,8	1,3	1,6
Lohnstückkosten	2,4	2,2	2,0	1,7	0,0	2,2	1,8	0,4	0,8
Produktivität	-0,7	-0,5	-0,1	0,3	0,3	-0,4	0,1	0,9	0,8
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Einkommen und Sparen	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-0,3	-1,6	-0,3	2,9	-1,0	0,6	-0,4	2,8	1,0
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>								
Sparquote	x	x	x	x	x	7,9	7,1	8,1	7,7
	<i>Veränderung zur Vorperiode in %</i>								
Arbeitsmarkt	<i>Veränderung zur Vorperiode in %</i>								
Unselbstständig Beschäftigte	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2	0,9	1,0	1,2	1,1
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>								
Arbeitslosenquote (Eurostat)	5,6	5,6	5,8	5,7	6,1	5,6	5,8	6,1	6,3
	<i>in % des nominellen BIP</i>								
Öffentliche Finanzen	<i>in % des nominellen BIP</i>								
Budgetsaldo	x	x	x	x	x	-2,7	-1,6	-2,0	-1,7
Schuldenstand	x	x	x	x	x	84,2	84,9	83,3	81,7

Quelle: OeNB, Eurostat, Statistik Austria.

Anmerkung: 2015 bis 2017: OeNB-Prognose vom Dezember 2015. x = Daten nicht verfügbar.

Kennzahlen – Finanzwirtschaft

	Q3 14	Q4 14	Q1 15	Q2 15	Q3 15	2011	2012	2013	2014
Österreichisches Bankensystem	<i>konsolidiert in Mrd EUR</i>								
Bilanzsumme	1.096	1.078	1.105	1.079	1.076	1.166	1.164	1.090	1.078
Eigenmittel ¹	88,7	87,6	88,6	89,5	87,3	88,1	88,2	89,0	87,6
Auslandsforderungen CESEE ²	194,0	184,8	189,6	197,1	197,9	216,1	209,8	201,8	184,8
Strukturkennzahlen	<i>konsolidiert in %</i>								
Eigenmittelquote ¹	15,5	15,6	15,4	15,9	15,9	13,6	14,2	15,4	15,6
Tier 1-Quote ¹	11,9	11,8	11,6	12,2	12,2	10,3	11,0	11,9	11,8
Leverage ³	5,8	5,7	5,7	5,9	5,9	5,8	6,1	6,5	5,7
Kreditentwicklung und -qualität (AT)	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Kreditwachstum Kunden (Nichtbanken)	0,5	0,7	0,7	0,4	0,7	2,3	0,4	-0,4	0,7
	<i>Anteil an Krediten an Kunden (Nichtbanken) in %</i>								
Fremdwährungskreditanteil	11,6	11,1	11,7	11,3	10,5	17,3	14,4	12,3	11,1
Wertberichtigungsquote	3,6	3,3	3,3	3,3	3,1	3,2	3,3	3,5	3,3
Notleidende und uneinbringliche Kredite	4,4	4,4	4,4	4,6	4,3	4,5	4,7	4,1	4,4
Ertragslage	<i>konsolidiert in Mrd EUR</i>								
Ergebnis nach Steuern	1,0	0,7	1,2	2,6	4,5	0,7	3,0	-1,0	0,7
	<i>konsolidiert in %</i>								
Gesamtkapitalrentabilität	0,2	0,1	0,5	0,6	0,7	0,1	0,3	0,0	0,1
Aufwand-Ertrag-Relation	66,8	69,1	62,2	60,3	61,7	66,4	61,7	73,0	69,1
Tochterbanken in CESEE⁴	<i>in %</i>								
Kredit-Einlagen-Quote	100,3	96,7	96,6	93,9	90,3	105,8	99,4	95,8	96,7
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert)	0,4	0,3	0,9	1,0	0,8	0,7	0,8	0,8	0,3
Aufwand-Ertrag-Relation	50,0	52,7	52,2	48,9	50,6	50,1	52,4	52,7	52,7
Wertberichtigungsquote	7,6	7,3	7,1	7,0	7,2	7,3	7,6	8,0	7,3
Private Haushalte	<i>in Mrd EUR</i>								
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	576,5	583,2	595,3	597,7	592,4	528,0	548,7	566,9	583,2
Verpflichtungen – Kredite (Stand; passiv)	166,1	166,8	170,3	171,1	171,6	164,4	164,5	164,6	166,8
davon Fremdwährungskredite	26,7	25,4	27,5	26,7	24,9	38,7	32,9	28,4	25,4
davon Wohnbankkredite in Fremdwährung	20,3	19,5	21,4	20,8	19,5	27,7	24,3	21,5	19,5
Unternehmen	<i>in Mrd EUR</i>								
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	456,7	469,9	485,8	484,0	488,2	390,6	410,7	448,6	469,9
Verpflichtungen insgesamt (Stand; passiv)	702,0	712,4	734,8	729,8	734,9	606,2	646,0	692,7	712,4
davon Kredite und Wertpapiere	357,4	357,5	369,6	366,5	371,4	316,6	331,0	351,8	357,5
davon Anteilsrechte	251,5	261,0	263,0	263,9	269,7	216,6	226,8	248,3	261,0
	<i>in Mrd EUR (gleitende Summe über vier Quartale)</i>								
Bruttobetriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen	72,3	71,9	72,4	73,1	74,0	73,7	73,6	72,7	71,9

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹ Da ab 2014 die Kennzahlen zur Eigenmittelausstattung auf Basis der CRD IV kalkuliert werden, kommt es zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit mit früheren Werten.

² Forderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken (BIZ-Definition).

³ Definition bis 2013: Tier 1-Kapital nach Abzugsposten in % der Bilanzsumme. Definition ab 2014 gemäß Basel III.

⁴ Seit 2014 sind die anteilmäßigen Daten der Yapi ve Kredi Bankasi, einem Joint Venture der UniCredit Bank Austria in der Türkei, inkludiert.

Anmerkung: x = Daten zu Redaktionsschluss noch nicht verfügbar.

Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich¹

Österreichs Wirtschaft ist leistungsstark

- Österreich wies im letzten Jahrzehnt ein höheres Wachstum und ein höheres Wohlstandsniveau als der Euroraum aus. In den Jahren 2014 und 2015 fällt das BIP-Wachstum in Österreich jedoch hinter den Euroraum zurück.
- Österreichs Wirtschaft ist breit diversifiziert und verfügt über eine sektoral ausgewogene Wirtschaftsstruktur.
- Angesichts des hohen Beschäftigungsstands, der international niedrigen Arbeitslosigkeit und der geringen Streikhäufigkeit hält Österreich hinsichtlich sozialer Stabilität eine ausgezeichnete Position.
- Seit der Euro-Einführung 1999 liegt die durchschnittliche Inflationsrate in Österreich und im Euroraum bei 1,9%. Das Preisstabilitätsziel wurde somit erfüllt. Allerdings liegt die HVPI-Inflation Österreichs seit September 2012 zum Teil deutlich über jener des Euroraums.
- Auf dem österreichischen Immobilienmarkt kam es in den letzten Jahren zu keiner Überhitzung. Die Immobilienpreise stiegen in einigen Regionen und Marktsegmenten seit dem Ausbruch der Finanzkrise deutlich, stehen aber in Österreich insgesamt im Einklang mit Fundamentalindikatoren.
- Die österreichische Sparquote (2014: 7,9%) ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Das Finanzvermögen des privaten Haushaltssektors beläuft sich auf 583 Mrd EUR bzw. 177% des BIP.
- Die Verschuldung der privaten Haushalte liegt bei 89,7% relativ zum Nettoeinkommen der Haushalte (Q1 2015); die Unternehmensverschuldung liegt mit 244,3% des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 95% des BIP (Q1 2015) unter dem Euroraum-Durchschnitt.
- Durch das hohe Beschäftigungswachstum bei gleichzeitig verhaltenem Wirtschaftswachstum verliert Österreich sowohl bei den Lohnstückkosten als auch bei der Produktivität pro Erwerbstätigen relativ zum Euroraum.
- Der österreichische Außenhandel mit Waren ist sowohl regional als auch nach Gütergruppen stark diversifiziert. Im Jahr 2014 wurden rund die Hälfte der Warenexporte mit Handelspartnern innerhalb des Euroraums abgewickelt und waren somit frei von Wechselkurschwankungen. Fast ein Drittel der Exporte ging 2014 nach Deutschland.
- Die seit dem Jahr 2002 jährlich erwirtschafteten Leistungsbilanzüberschüsse (2014: 2,0% des BIP) bestätigen Österreichs internationale Wettbewerbsfähigkeit. Infolge dieser Leistungsbilanzüberschüsse konnte die österreichische Volkswirtschaft ihre traditionelle negative Vermögensposition gegenüber dem Ausland ausgleichen; sie betrug im Jahr 2014 7,2 Mrd EUR (2,2% des BIP).
- Die Staatsverschuldung Österreichs stieg im Jahr 2014 deutlich auf 84,2%, liegt aber weiterhin unter dem Euroraum-Durchschnitt. Die Hauptbelastung ging von der Reorganisation der Hypo Group Alpe-Adria aus. Diese Vermögenstransfers führten ebenso zu einer Verschlechterung des Finanzierungssaldos 2014 auf -2,7%. 2015 wird sich die budgetäre Situation Österreichs wieder deutlich verbessern.
- Im Alert Mechanism Report 2015 der Europäischen Kommission – der jährlichen Kennzahlenanalyse („Scoreboard“) zur wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene („Europäisches Semester“) – hat Österreich gut abgeschnitten; Österreich ist einer der 10 EU-Mitgliedstaaten, deren Kennzahlen keinen Anlass zu einer vertiefenden Analyse durch die Europäische Kommission gaben.

¹ Redaktionsschluss: 20. Oktober 2015.

Trotz verbesserter Profitabilität bleiben Herausforderungen für österreichische Banken – aufsichtliche Maßnahmen zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität

- Das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken betrug im ersten Halbjahr 2015 2,6 Mrd EUR und lag damit um 3,2 Mrd EUR über dem Vergleichswert von 2014. Zu den wesentlichen Treibern für diese Verbesserung zählen u. a. der Anstieg des Nettozinsergebnisses, die Erhöhung des Provisionsergebnisses, die deutliche Reduktion der Abschreibungen und Wertminderungen und der Rückgang der Kreditrisikovorsorgen. Positiv wirkte sich auch aus, dass die Verluste der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe-Adria-Bank International nicht mehr enthalten sind.
- Insgesamt bleiben die identifizierten Risiken für die österreichischen Banken bestehen. Darunter fallen: die relative Ertragsschwäche im Inland; die hohe, aber breit diversifizierte Exponierung gegenüber Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) und die verstärkte Gewinnkonzentration auf einige wenige CESEE-Länder; die unterdurchschnittliche Eigenmittelausstattung wie auch die überdurchschnittliche Größe des Bankensystems.
- Seit 2008 kam es zu Verbesserungen der Eigenmittelausstattung der heimischen Kreditinstitute aufgrund von Aufsichtsmaßnahmen und Bemühungen von Seiten der Banken. Die Eigenmittelausstattung österreichischer Banken liegt zwar weiterhin unter dem Durchschnitt vergleichbarer europäischer Banken, jedoch weisen sie eine bessere Leverage Ratio als europäische Vergleichsgruppen auf. Die österreichischen Banken sind weiter angehalten, ihre Risikotragfähigkeit zu stärken.
- Die Aktivitäten der österreichischen Tochterbanken in CESEE bleiben ein wichtiges Geschäftsfeld. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Gewinne vermehrt auf die Tschechische Republik, die Slowakei und auf die vergleichsweise volatilere Märkte Russland und Türkei. Das aggregierte Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken in CESEE betrug per H1 2015 1,5 Mrd EUR und ist im Jahresvergleich um 47% gestiegen.
- Zur Stärkung des österreichischen Bankensektors hat das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMMSG) Empfehlungen an die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zum Einsatz von makroprudenziellen Kapitalpuffern beschlossen. Konkret wurde empfohlen, Systemrisikopuffer zur Abwehr langfristiger, nicht zyklischer systemischer Risiken sowie auf Grundlage der Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) Kapitalpuffer über Systemrelevante Institute in Österreich festzulegen.
- Weitere makroprudenzielle Maßnahmen wurden in Österreich bereits in der Vergangenheit gesetzt: So haben FMA und OeNB seit mehr als zehn Jahren die mit Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten verbundenen Risiken aufgezeigt. Die Neuvergabe von Fremdwährungskrediten war im Inland wie auch in CESEE rückläufig, womit die aufsichtlichen Initiativen Wirkung zeigen. Dennoch verbleiben Risiken, da die österreichischen Banken in den Büchern einen zwar sinkenden aber anhaltend hohen Bestand aufweisen – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Aufgabe des Euro-Franken-Mindestkurses durch die Schweizerische Notenbank.
- Eine weitere makroprudenzielle Maßnahme der österreichischen Aufsicht ist die im März 2012 veröffentlichte aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken. In den vergangenen Jahren führte das Nachhaltigkeitspaket somit zu einer deutlich ausgewogeneren Refinanzierungsstruktur der österreichischen Tochterbanken in CESEE und reduzierte ihre Abhängigkeit von Liquiditätstransfers der österreichischen Mutterbanken.
- In Österreich wurde die nationale Umsetzung der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme (DGSD) mit dem Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten (ESAEG), welches am 15. August 2015 in Kraft getreten ist, im Nationalrat und Bundesrat beschlossen. Neben Österreich wurde die Einlagensicherungsrichtlinie bisher in lediglich zehn weiteren Mitgliedstaaten umgesetzt.

1 Österreichs Wirtschaft ist strukturell in einer guten Verfassung

1.1 Österreich zählt zu den leistungsstärksten Wirtschaften im Euroraum

Österreichs Wirtschaft wächst 2014 und 2015 langsamer als der Euroraum

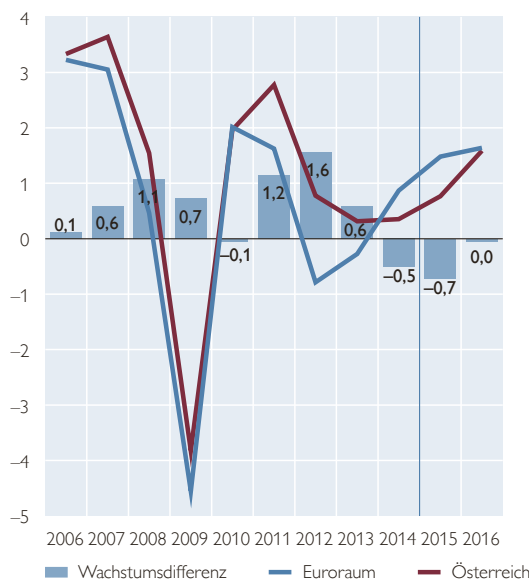
Während die österreichische Wirtschaft zwischen 2006 und 2013 ein höheres reales BIP-Wachstum als der Euroraum (ausgenommen im Jahr 2010) aufweisen konnte, blieb das Wachstum 2014 hinter jenem des Euroraums zurück. Auch 2015 wird der Euroraum stärker wachsen als die österreichische Wirtschaft. 2016 schließt sich laut Prognose des IWF diese Differenz wieder. Der IWF erwartet sowohl für Österreich als auch für den Euroraum ein Wachstum von 1,6%.

Das schwächere BIP-Wachstum Österreichs im Vergleich zum Euroraum kann sowohl auf Entwicklungen im Euroraum als auch in Österreich zurückgeführt werden. Nachdem sich der Euroraum 2012 und 2013 in einer zweiten Rezession (nach 2009) befand, erzielten einige Krisenstaaten wie Spanien und Irland – nachdem sie weitreichende strukturelle Anpassungen vorgenommen haben – derzeit ein deutlich höheres Wachstum als der Euroraum und heben somit den Durchschnittswert. Gleichzeitig verzeichnet Österreich in den letzten Jahren im Vergleich zum Euroraum eine höhere Inflation. Die hohe Inflation führt einerseits dazu, dass die real verfügbaren Haushaltseinkommen nur stagnieren und somit die Entwicklung des privaten Konsums gedämpft wurde, und andererseits dazu, dass die österreichische Wirtschaft an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verliert, was sich wiederum in der Exportentwicklung widerspiegelt.

Grafik 1

Wachstumsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Reales BIP: Veränderung zum Vorjahr in %;
Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten

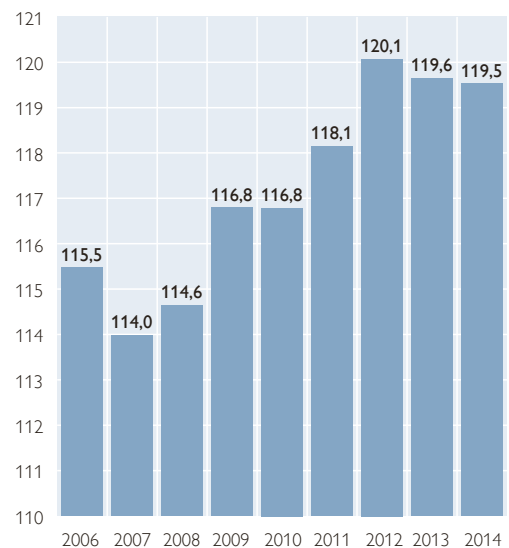


Quelle: Eurostat, IWF.

Anmerkung: 2015 bis 2016: IWF – World Economic Outlook vom Oktober 2015.

Wohlstandsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Reales BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards;
Euroraum = 100

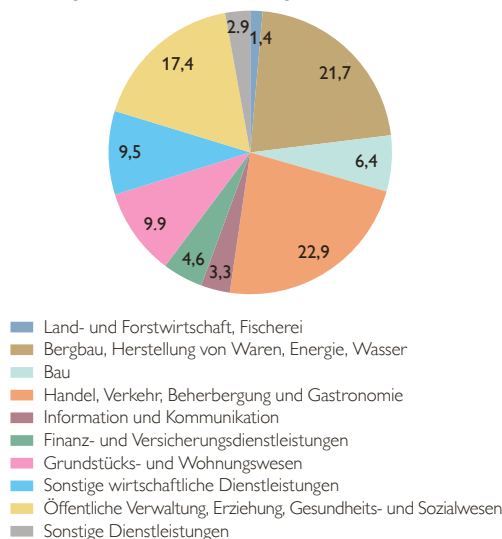


Im Jahr 2016 wird die österreichische Wirtschaft von einer Vielzahl von positiven Effekten profitieren, die das Wirtschaftswachstum unterstützen werden: Erholung im Euroraum, weiterhin expansive geldpolitische Maßnahmen des Eurosystems, niedrige Energiepreise und die im März 2015 beschlossene Steuerreform der österreichischen Bundesregierung werden zusätzlich den privaten Konsum stützen. Diese Faktoren sollten dazu führen, dass das Wirtschaftswachstum in Österreich Schwung erhält und die Wirtschaft wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad einschwenkt.

Grafik 2

Bruttowertschöpfung 2014 in Österreich

in % der gesamten Bruttowertschöpfung, nominell



Quelle: Statistik Austria.

Wirtschaftsstruktur in Österreich sektoral ausgewogen

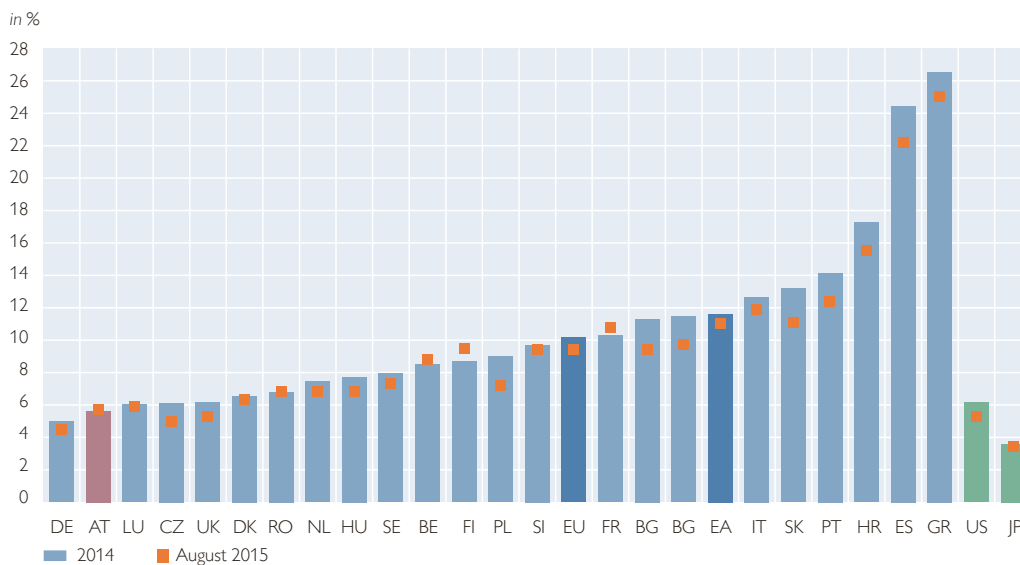
Die österreichische Volkswirtschaft baut auf einer sektoral sehr ausgewogenen Wirtschaftsstruktur auf. Der Bereich der nicht öffentlich bereitgestellten Dienstleistungen mit einem Anteil von knapp 30% trägt am stärksten zur Bruttowertschöpfung bei. Mit jeweils knapp über 20% folgen der Bereich *Bergbau, Herstellung von Waren, Energie und Wasser* sowie der Bereich *Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie*. Österreich weist zudem eine hohe Branchenvielfalt innerhalb der Sachgütererzeugung aus. Der Bausektor kommt auf einen international vergleichsweise geringen Wertschöpfungsbeitrag von rund 6,4%.

Zweitniedrigste Arbeitslosenquote innerhalb der EU im Jahr 2014

Der österreichische Arbeitsmarkt erwies sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur als krisenfest, auch im folgenden Aufschwung stach die Entwicklung im internationalen Vergleich heraus. Die Anzahl der Beschäftigten wurde trotz Stundenreduktion während des Krisenjahres 2009 nicht verringert und wächst seitdem überdurchschnittlich stark; dies gilt auch für die konjunkturell schwierigen Jahren 2012 bis 2014. Aufgrund des steigenden Arbeitskräfteangebots, steigt die Arbeitslosigkeit seit Mitte 2011, die Anzahl der Arbeitslosen ist im historischen Kontext für Österreich sehr hoch. Die Arbeitslosenquote stieg zuletzt ebenso an, im EU-Vergleich zählt Österreich trotzdem zu den Top-5-Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosenquote (Stand August 2015). Der österreichische Arbeitsmarkt ist trotzdem weiterhin von hoher Flexibilität, positivem sozialpartnerschaftlichen Interessensausgleich und wohldurchdachten arbeitspolitischen Maßnahmen (z. B. Kurzarbeitsregelung) gekennzeichnet und somit eine Stütze der österreichischen Wirtschaft.

Abgesehen von den klassischen Arbeitsmarktindikatoren liegt Österreich auch bei alternativen Indikatoren, etwa zur Messung der sozialen Stabilität (z. B. Häufigkeit von Streiks), weltweit im Spitzenfeld.

Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich



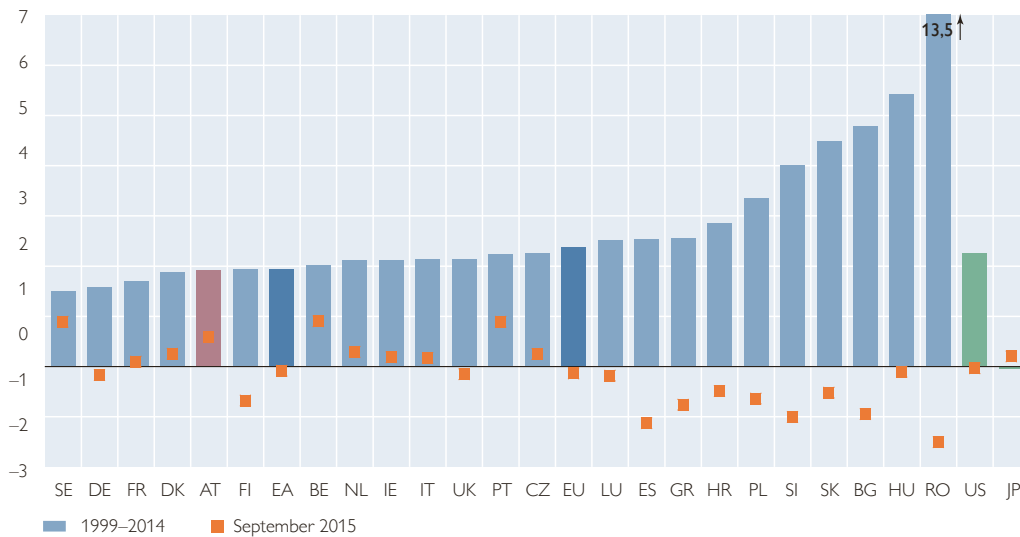
Inflation im historischen Vergleich niedrig, im Vergleich der Euroraum-Länder aber hoch

Seit der Einführung des Euro im Jänner 1999 ist es dem Eurosystem gelungen, das gesetzte Preisstabilitätsziel einer Inflation von nahe, aber unter 2 % zu erreichen. Trotz des klaren Anstiegs der Inflation vor der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und in der Erholungsphase 2011 sowie dem Rückgang Mitte 2009 und zu Jahresbeginn 2015 lag die durchschnittliche HVPI-Inflationsrate im Euroraum und in Österreich bei 1,9%. Beim Vergleich der HVPI-Inflationsentwicklung des Euroraums und jener Österreichs zeigt sich, dass im Zeitraum seit der Einführung des Euros bis zum Jahr 2009 die Inflation in Österreich konstant unter jener des Euroraums lag. Während sich die Inflation zwischen 2009 und 2012 ähnlich entwickelte, liegt diese in Österreich seit September 2012 über dem Euroraum-Durchschnitt. Dies kann wie schon beim BIP-Wachstum auf die Inflationsentwicklung in einigen Euroraumländern zurückgeführt werden, die zurzeit eine Phase sinkender Preis- und Lohnwachstumsraten bzw. Preis- und Lohnrückgängen verzeichnen, um ihre Wettbewerbssituation zu verbessern. Diese Länder drücken derzeit den Euroraum-Durchschnitt. Gleichzeitig erklärt sich die Differenz durch inländische Phänomene, etwa einen vergleichsweise starken Preisanstieg im Dienstleistungsbereich sowie bei staatlichen Gebühren und Abgaben. Eine länger andauernde Deflationsphase im Euroraum und auch in Österreich wird trotz des deutlich gesunkenen Ölpreises derzeit ausgeschlossen.

Grafik 4

HVPI-Inflationsrate im internationalen Vergleich

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, Statistics Bureau of Japan, U.S. Bureau of Labor Statistics.

Anmerkung: EA=Euroraum.

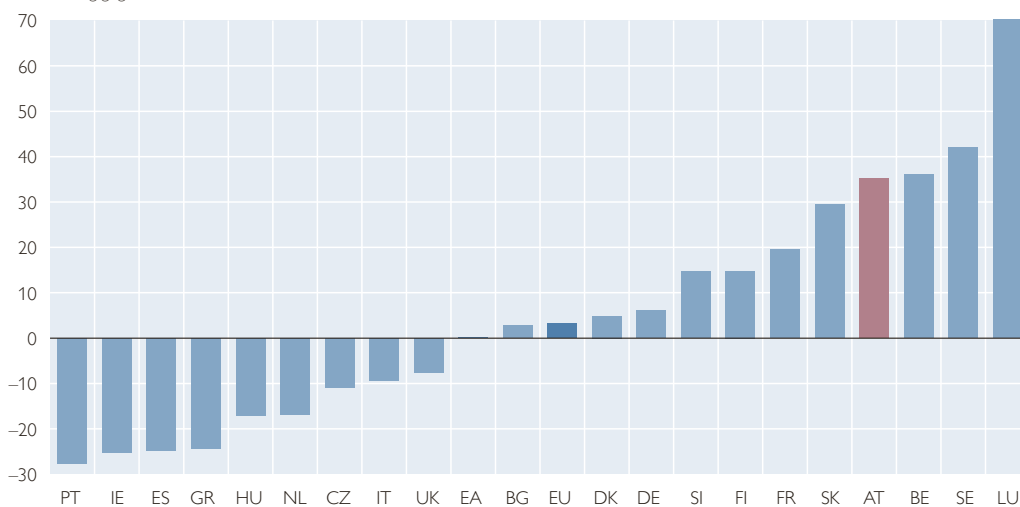
Preisanstieg auf dem österreichischen Immobilienmarkt, aber keine Überhitzung

Die Immobilienpreise Österreichs sind im Zeitraum 2004 bis 2014 im Euroraum- und EU-Vergleich deutlich gestiegen (vergleichbare Daten auf EU-Ebene sind erst ab 2004 verfügbar). Allerdings blieb Österreich von Entwicklungen wie in

Grafik 5

Entwicklungen der realen Immobilienpreise in der EU im Zeitraum 2004 bis 2014

Veränderung gegenüber 2004 in %



Quelle: EZB.

Anmerkung: HU: 2004–2011; CZ, PT, IT, DK, BE, LU: 2004–2013; keine Daten für RO, PL; EA=Euroraum.

Spanien, Irland oder Zypern verschont, wo es zum Aufbau und letztlich auch zum Platzen von Immobilienpreisblasen kam, die in der Veränderung von 2004 bis 2014 so nicht erkennbar sind.

Die OeNB verfolgt die Preisentwicklung auf dem österreichischen Immobilienmarkt genau. Im Jänner 2014 wurde ein Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien präsentiert, der die Entwicklung der Immobilienpreise mit ausgewählten ökonomischen Fundamentalindikatoren in Verbindung setzt.

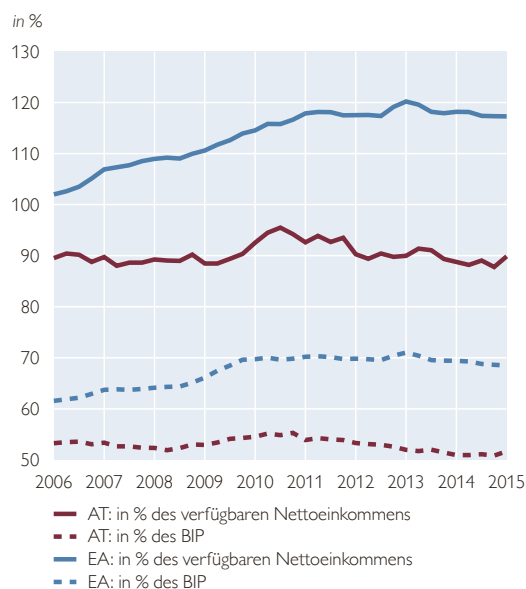
Finanzvermögen hoch, Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen moderat und stabil

Im Jahr 2014 flossen 7,9 % des netto verfügbaren Einkommens des Haushaltssektors in die Ersparnisbildung. Per Jahresultimo 2014 hatten die privaten Haushalte Geldvermögen im Ausmaß von rund 583,2 Mrd EUR (176,9 % des BIP) aufgebaut. Die privaten Haushalte sind somit wichtige Kapitalgeber für die anderen volkswirtschaftlichen Sektoren.

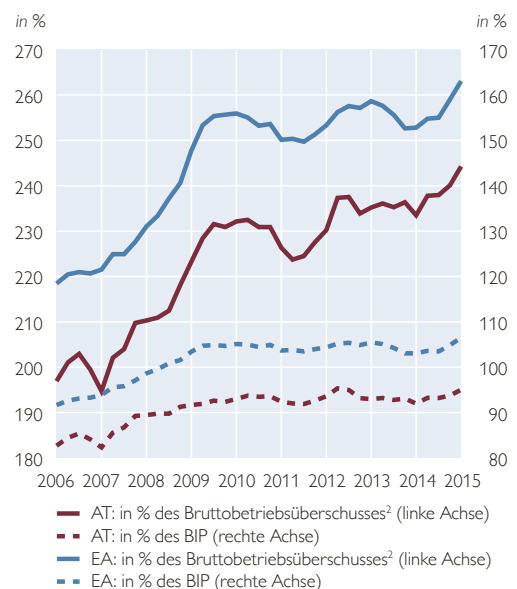
Gemessen am BIP war der österreichische Haushaltssektor im ersten Quartal 2015 im Ausmaß von 51,7 % verschuldet. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 68,1 % (Q2 2015). Die Unternehmensverschuldung lag in Österreich im ersten Quartal 2015 mit 244,3 % des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 95,0 % des BIP ebenfalls unter dem Euroraum-Durchschnitt von 261,9% relativ zum Bruttobetriebsüberschuss sowie 106,3% relativ zum BIP (jeweils Q2 2015).

Grafik 6

Verschuldung der privaten Haushalte



Verschuldung des Unternehmenssektors¹



Quelle: Euroraum-Daten: EZB, Österreich-Daten: OeNB.

¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

² Inklusives Einkommen aus Selbstständigkeit.

Anmerkung: EA=Euroraum.

1.2 Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gerät unter Druck

Starke Beschäftigungsentwicklung drückt Produktivität

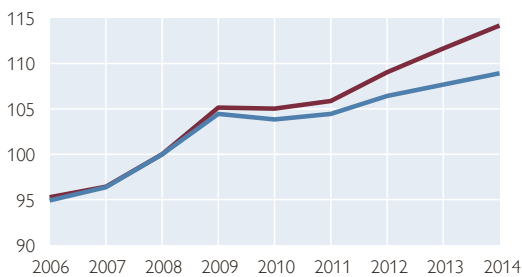
Infolge der Krise büßte Österreich, bedingt durch eine vergleichsweise schwache Produktivitätsentwicklung, an preislicher Wettbewerbsfähigkeit ein. Durch Labor Hoarding der Unternehmen während der Krisenjahre, eine bessere Konjunktur-entwicklung 2010/11 sowie die verspätete Öffnung des Arbeitsmarkts 2011 stieg die Beschäftigung (gemessen in Köpfen) deutlich stärker an als im Euroraum. Diese Entwicklung setzte sich auch in den konjunkturell schwachen Jahren 2012–2014 fort. Österreich verliert infolgedessen sowohl bei den Lohnstückkosten als auch bei der Produktivität pro Erwerbstätigen relativ zum Euroraum. Büßte der Euroraum vor der Krise dem real-effektiven Wechselkurs (deflationiert mit dem VPI) folgend noch an Wettbewerbsfähigkeit ein, so gewann er zwischen 2009 und 2012 an Wettbewerbsfähigkeit, während der real-effektive Wechselkurs für Österreich beinahe unverändert blieb. Somit verlor Österreich im Vergleich zum Euroraum auch in dieser Hinsicht. In den Jahren 2013/14 wertete der real-effektive Wechselkurs für Österreich und den Euroraum auf, die Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte sich somit. Seit September 2012 weist Österreich zudem höhere Inflationsraten als der Euroraum und die wichtigsten Handelspartner, Deutschland und Italien, aus. Diese Inflationsdifferenz führt zu einer realen Aufwertung der österreichischen Wirtschaft und wird in den kommenden Jahren die Wettbewerbsposition Österreichs weiter dämpfen.

Grafik 7

Internationale Wettbewerbsfähigkeit

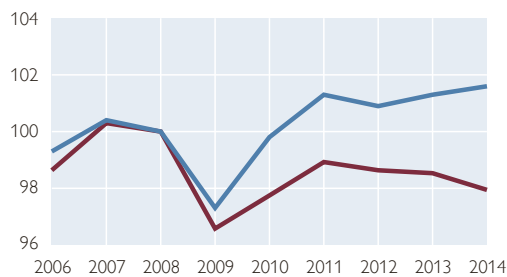
Reale Lohnstückkosten

2008=100



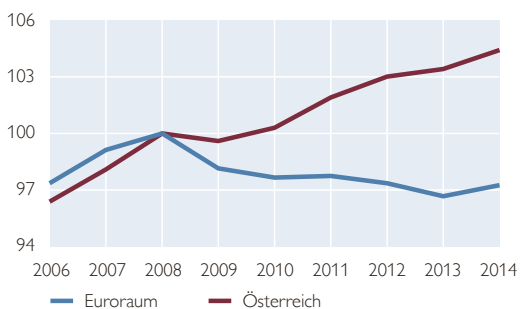
Produktivität pro Erwerbstätigen

2008=100



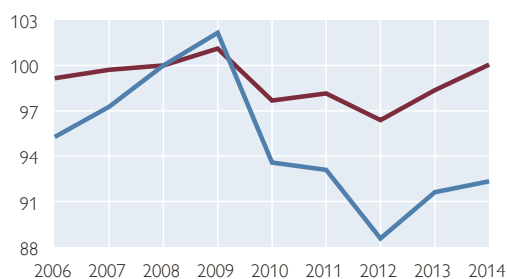
Beschäftigung

2008=100



Real-effektiver Wechselkurs (VPI)

2008=100



Quelle: Eurostat.

Regional ausgewogene Exportstruktur, geringes Währungsrisiko

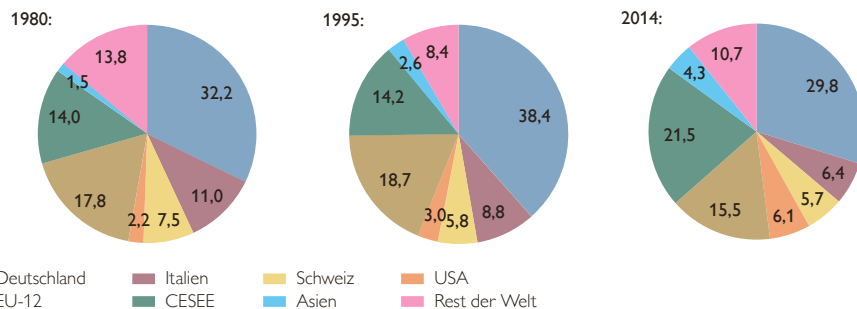
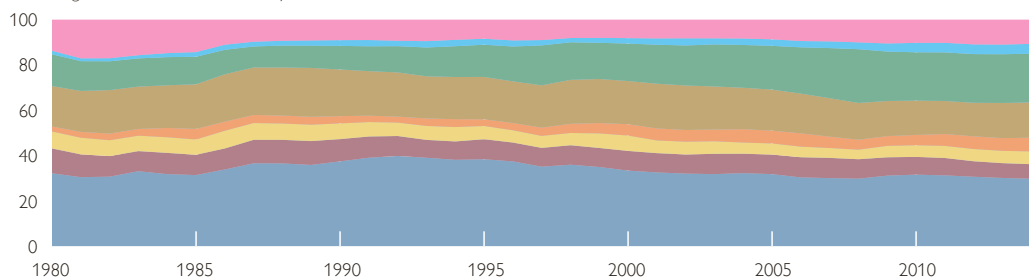
Im Jahr 2014 exportierte Österreich rund die Hälfte der produzierten Waren in den Euroraum. Dieser Teil war somit keinem Wechselkursrisiko ausgesetzt. Für österreichische Exporteure ist Deutschland mit einem Anteil von knapp 30% an den gesamten Güterexporten nach wie vor die mit Abstand wichtigste Exportdestination. Auf den weiteren Rängen folgen Italien, die USA, die Schweiz und Frankreich. Seit Mitte der 1990er-Jahre (1995: 63%) ging der Anteil der Exporte in den Euroraum konstant zurück. Gleichzeitig wuchs der Anteil der Warenexporte nach CESEE (1995: 14%; 2014: 22%). Ebenso nahmen die Exporte in die dynamischen Volkswirtschaften Asiens – China, Indien, Korea – zu. Als positiv erweist sich die Branchenvielfalt im österreichischen Außenhandel. Mit einem Anteil von 39% an den Gesamtexporten liegt der Schwerpunkt auf *Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen*. Weitere Stützen stellen die Bereiche *Bearbeitete Waren, Chemische Erzeugnisse* und *Sonstige Fertigwaren* dar, die gemeinsam rund 47% der Güterexporte ausmachen.

Angesichts eines Warenanteils von 72% an den Exporten hängt die österreichische Exportleistung in erster Linie von der Warenausfuhr ab, aber auch die Dienstleistungsexporte spielen eine wesentliche Rolle. So ist die Tourismusbranche traditionell ein wichtiger Pfeiler der österreichischen Wirtschaft. Aber auch Technologiedienstleister sind im Lauf der Zeit zu einem wichtigen Exportfaktor geworden. Laut Technologiezahlungsbilanz bringt es Österreich im Bereich des Technologie- und Know-how-Transfers pro Jahr auf Nettoexporte im Wert von rund 3 Mrd EUR oder 1% des BIP, womit Österreich im Ranking vor Finnland,

Grafik 8

Österreichische Güterexporte nach Regionen 1980–2014

in % der gesamten nominellen Güterexporte



Quelle: Statistik Austria.

Anmerkung: Asien: CN, JP, KR;

EU-12: BE, DK, FI, FR, GR, IE, LU, NL, PT, ES, SE, UK;

CESEE: BG, EE, LV, LT, PL, RO, SK, SI, CZ, HU, AL, BA, HR, ME, RS, BY, MD, RU, UA.

Deutschland und Japan liegt. Die Exportkategorie mit den höchsten Zuwachszahlen und damit Exportführer sind Computerdienstleistungen; sie haben den traditionell führenden Architekten- und Ingenieursdienstleistungen den Rang abgelassen. Langfristig betrachtet verzeichnen auch die Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen hohe Zuwächse, allerdings mit starken Einbußen infolge der Finanz-, Budget- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre. Neben den IT-Dienstleistern dominieren Sachgütererzeuger den internationalen Technologietransfer, vor allem Firmen in der Elektronikindustrie und im Bereich Maschinenbau. Regional betrachtet ist Österreich ein Nettoexporteur technologischen Know-hows in die Schweiz, nach Russland und China. Hingegen importiert Österreich per saldo Technologie-Know-how aus dem angloamerikanischen Raum.

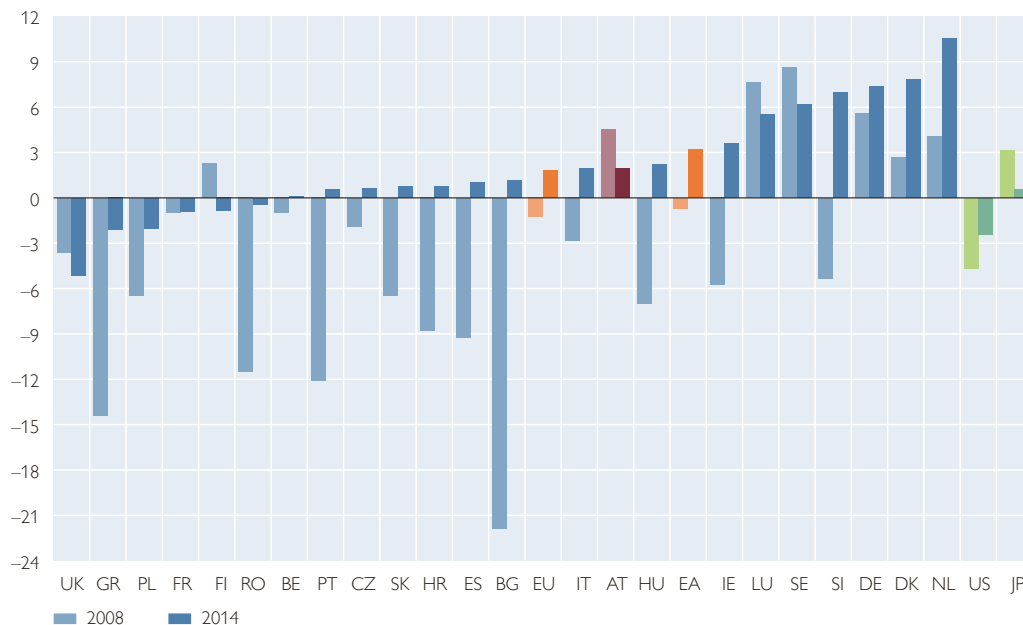
Leistungsbilanzüberschüsse als Ausdruck internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Österreich erwirtschaftet seit 2002 jährliche Leistungsbilanzüberschüsse, d. h. es werden mehr Güter und Dienstleistungen exportiert als importiert. Im Jahr 2014 verzeichnete Österreich Überschüsse im Ausmaß von 2,0% des BIP, während der Euroraum insgesamt auf 3,2%, die EU erziele einen Überschuss von 1,8%. Den aktuellen Prognosen zufolge wird Österreich künftig weiterhin Leistungsbilanzüberschüsse ausweisen.

Grafik 9

Leistungsbilanzsalden

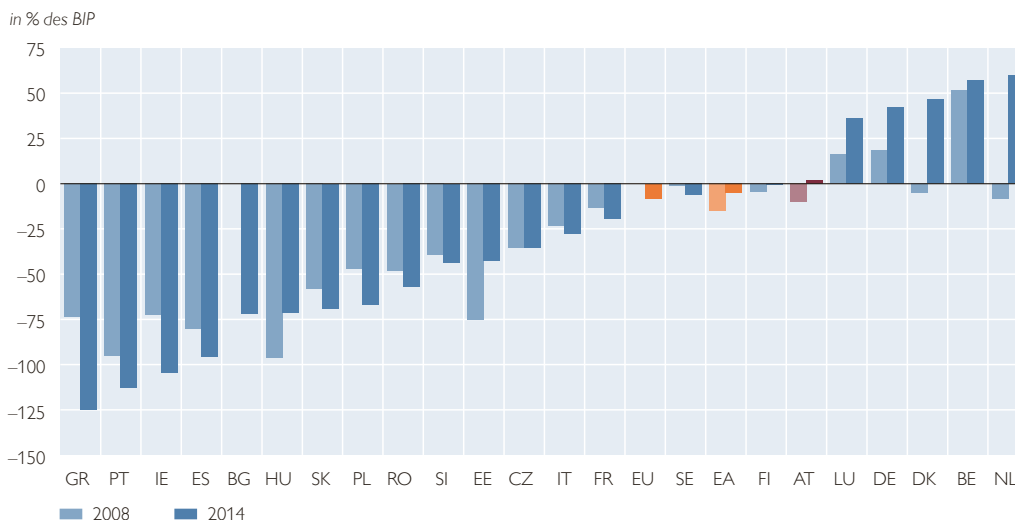
in % des BIP



Quelle: Eurostat.

Anmerkung: BPM6; Durchschnitt von EK- und IWF-Daten; EA=Euroraum.

Nettovermögensposition



Österreichs Nettoverschuldung im Ausland rückläufig

Aufgrund der anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse konnte Österreich seine negative internationale Vermögensposition (Nettoverschuldung im Ausland) in den letzten Jahren sukzessive verbessern und im Jahr 2014 einen Überschuss in Höhe von 7,2 Mrd EUR (2,2 % des nominellen BIP) verzeichnen. Die Nettoverschuldung des Euroraums lag bei 5,3 %, die der EU bei 8,2 % (2014).

1.3 Öffentliche Finanzen: Maastricht-Defizit und Schuldenstand geringer als im Euroraum-Durchschnitt

Wie in allen Ländern Europas nahm während der Finanz- und Wirtschaftskrise auch in Österreich die Neuverschuldung zu. Österreich konnte die Neuverschuldung aber bereits 2011 wieder unter die 3-Prozent-Maastricht-Grenze bringen. 2014 verschlechterte sich der Budgetsaldo aufgrund von Vermögenstransfers zur verstaatlichten Hypo Group Alpe-Adria merklich und lag bei -2,7 % des BIP. Für 2015 wird eine deutliche Verbesserung erwartet.

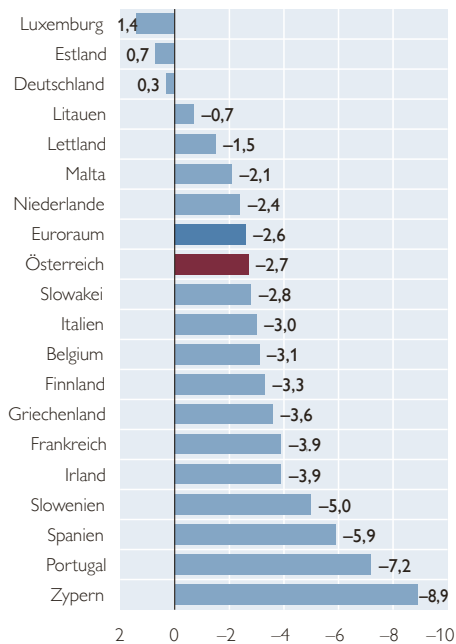
Die Umstellung auf ESVG 2010 hatte erhebliche Auswirkungen auf das Niveau der öffentlichen Verschuldung in Österreich. Auf Basis der ESVG-2010-Zahlen lag die Gesamtverschuldung im Jahr 2007 bei 64,8 % des BIP (ESVG 1995: 60,2 %). Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise stieg die Verschuldung zwischenzeitlich auf 82,4 % (ESVG 1995: 72,5 %) an (2010), bis zum Jahr 2013 ging sie jedoch wieder auf 80,8 % des BIP (ESVG 1995: 74,5 %) zurück. Weitere Kapitaltransfers an verstaatlichte Banken ließen die Gesamtverschuldung 2014 auf 84,2 % ansteigen.

Grafik 11

Budgetsalden der EU-Mitgliedstaaten 2014

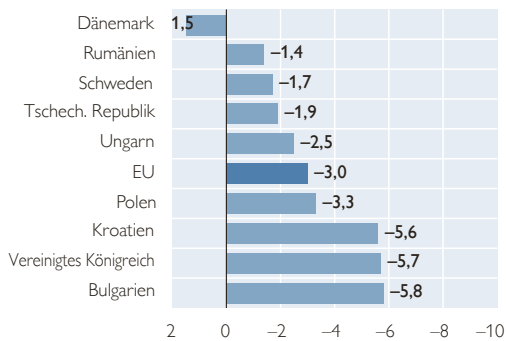
Euroraum

in % des BIP



Nicht-Euroraum

in % des BIP



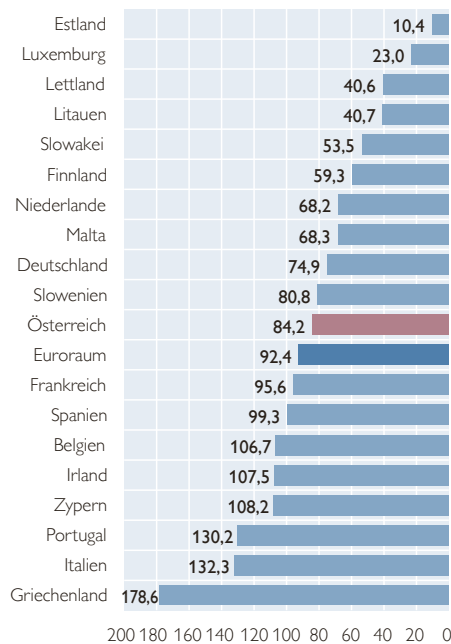
Quelle: Eurostat.

Grafik 12

Öffentliche Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten 2014

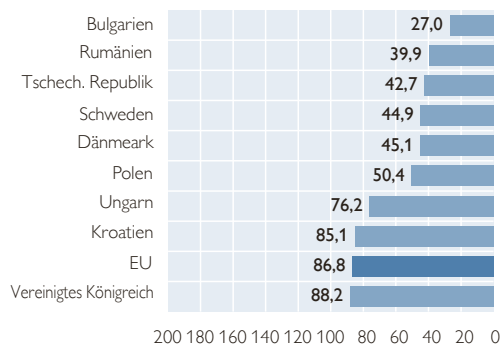
Euroraum

in % des BIP



Nicht-Euroraum

in % des BIP



Quelle: Eurostat.

Österreich erreichte 2014 das mittelfristige Haushaltsziel („präventiver Arm“)

Nach Defiziten von über 3% des BIP in den Jahren 2009 und 2010 verzeichnet Österreich für 2011 bis 2014 Defizitquoten unter 3% des BIP. Das Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits (ÜD-Verfahren) für Österreich wurde im Frühjahr 2014 beendet.

Da Österreich sich zum Zeitpunkt der Operationalisierung des Schuldenkriteriums (Ende 2011) in einem ÜD-Verfahren befand, greift die neue „1/20“-Regel erst ab 2017. In der Übergangsphase muss Österreich sicherstellen, dass es bis 2016 einen strukturellen Saldo aufweist, der mit der Erfüllung der „1/20“-Bench-

Tabelle 1

Anforderungen im Rahmen der europäischen Fiskalregeln

	Stand	2010	2011	2012	2013	2014	Quelle	Anforderung
		<i>in % des BIP</i>						
Budgetsaldo	Okt. 2015	-4,5	-2,6	-2,2	-1,3	-2,7	Statistik Austria	$\geq -3\%$ des BIP
Schuldenstand	Okt. 2015	82,4	82,2	81,6	80,8	84,2	Statistik Austria	ab 2017: Reduktion der Differenz zu 60 % durchschnittlich um 1/20 pro Jahr
Struktureller Saldo	Mai 2015	-3,0	-2,4	-1,7	-1,1	-0,4	EK	MTO (Zielwert) beträgt $-0,45\%$ des BIP

Quelle: Statistik Austria, Europäische Kommission (EK).

mark konsistent ist. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission erfüllt Österreich nach derzeitigem Stand diese Vorgabe.

Nach der Beendigung des ÜD-Verfahrens gelten für Österreich nun die Vorgaben des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Laut Schätzung der Europäischen Kommission dürfte Österreich 2014 bis das mittelfristige Haushaltsziel (MTO) von $-0,45\%$ des BIP annähernd erreicht haben und muss somit 2015 keine weiteren größeren Anpassungsschritte mehr setzen. Durch die Steuerreform 2016 könnte es allerdings wieder zu einer signifikanten Abweichung vom MTO kommen und somit zu einem gewissen Konsolidierungsbedarf. Der strukturelle Zielwert von $-0,45\%$ des BIP wurde auch ab 2017 in die nationale Gesetzgebung als Anker implementiert.

Österreich ohne nennenswerte Ungleichgewichte im Scoreboard

Seit 2012 erstellt die Europäische Kommission einen jährlichen *Alert Mechanism Report* (AMR), der der frühzeitigen Erkennung und Behebung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU dient. Im Rahmen eines aus mittlerweile elf ausgewählten makroökonomischen Indikatoren bestehenden „Scoreboards“ wurden Schwellenwerte festgelegt, deren Über- bzw. Unterschreitung eine tiefgehende qualitative Analyse der betroffenen Volkswirtschaft zur Folge hat und in entsprechende wirtschaftspolitische Empfehlungen der Europäischen Kommission mündet. Der *Alert Mechanism Report* ist somit Teil des neu eingeführten Europäischen Semesters. Österreich schneidet im Jahr 2015 – trotz der Überschreitung zweier Schwellenwerte im Scoreboard – sehr gut ab. Österreich ist einer der 10 EU-Mitgliedstaaten, deren Kennzahlen keinen Anlass zu einer vertiefenden Analyse durch die Europäische Kommission gaben.

Tabelle 2

Scoreboard der Macroeconomic Imbalance Procedure (2013)

Indikator	Schwellenwert	Ausprägung Österreich	Überschreitung Österreich
3-Jahres-Durchschnitt des Leistungsbilanzsaldos, in % des BIP	+6/-4	1,4	Nein
Nettoauslandsvermögensposition, in % des BIP	-35	-0,2	Nein
Prozentuelle Veränderung (3 Jahre) des real-effektiven Wechselkurses	+/-5 (EA)	0,7	Nein
Prozentuelle Veränderung (5 Jahre) der Exportmarktanteile	+/-11 (Nicht-EA)	-17,0	Ja
Prozentuelle Veränderung (3 Jahre) der nominellen Lohnstückkosten	-6	6,4	Nein
Veränderung der deflationierten Immobilienpreise, gegenüber dem Vorjahr, in %	+9 (EA)	2,5	Nein
Kreditaufnahmen des privaten Sektors, in % des BIP	+12 (Nicht-EA)	0,2	Nein
Verschuldung des privaten Sektors, in % des BIP	15	125,5	Nein
Staatsverschuldung, in % des BIP	160	81,2	Ja
3-Jahres-Durchschnitt der Arbeitslosenrate	60	4,5	Nein
Jährliche Veränderung der unkonsolidierten Verpflichtungen des Finanzsektors	10	-3,6	Nein
	16,5		

Quelle: Eurostat.

Anmerkung: EA = Euroraum.

Österreich behauptet sich im Vergleich zu den europäischen Peer-Ländern

Länder mit dem international bestmöglichen Rating AAA sind 2015 nicht mehr eine optimale Peer-Gruppe für Österreich, denn mit Ausnahme von Deutschland und Luxemburg hält kein einziges Euroraum-Land ein solches Rating. Die hier dargestellten Peer-Länder setzen sich aus den drei größten Volkswirtschaften im

Tabelle 3

Österreich und AAA-Länder im Vergleich

	DE	FR	IT	NL	CH	SE	BE	AT	FI	CZ
<i>Reales BIP-Wachstum, Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
2015	1,5	1,2	0,8	1,8	1,0	2,8	1,3	0,8	0,4	3,9
2016	1,6	1,5	1,3	1,9	1,3	3,0	1,5	1,6	0,9	2,6
<i>Konsumentenpreisindex, Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
2015	0,2	0,1	0,2	1,0	-1,1	0,5	0,7	1,0	0,0	0,4
2016	1,2	1,0	0,7	1,3	-0,2	1,1	1,1	1,7	1,3	1,5
<i>Arbeitslosenquote, in % der Erwerbstätigen</i>										
2015	4,7	10,2	12,2	7,2	3,4	7,7	8,5	5,8	9,5	5,2
2016	4,7	9,9	11,9	7,0	3,6	7,6	8,3	5,6	9,5	4,9
<i>Leistungsbilanzsaldo, in % des nominellen BIP</i>										
2015	8,5	-0,2	2,0	9,6	7,2	6,7	2,1	1,6	-1,1	1,7
2016	8,0	-0,4	2,3	9,2	7,0	6,7	2,1	1,7	-0,8	1,2
<i>Budgetsaldo, in % des BIP</i>										
2015	0,5	-3,8	-2,7	-2,1	-0,2	-1,4	-2,8	-2,0	-3,2	-1,8
2016	0,3	-3,4	-2,0	-1,8	-0,2	-0,7	-2,3	-1,7	-2,8	-1,1
<i>Staatsverschuldung, in % des BIP</i>										
2014	70,7	97,1	133,1	67,6	46,2	43,9	106,7	86,7	61,9	40,6
2019	68,2	98,0	132,3	65,6	45,5	42,6	106,2	85,6	64,0	40,0

Quelle: IWF: World Economic Outlook, Oktober 2015.

Euroraum – Deutschland, Frankreich und Italien – sowie sechs Volkswirtschaften zusammen, die von Größe und Struktur mit Österreich vergleichbar sind und sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraums liegen: die Niederlande, die Schweiz, Schweden, Belgien, Finnland und die Tschechische Republik.

Auf Basis der IWF-Herbstprognose vom Oktober 2015 liegt das BIP-Wachstum in Österreich 2015 hinter den meisten Peer-Ländern. Österreich kann diesen Wachstumsunterschied aber bis 2016 wieder wettmachen. Einer der Hauptgründe für das derzeit vergleichsweise schwache Wachstum liegt in einer relativ höheren Inflation in Österreich – dies zeigt sich ebenso in der IWF-Prognose. Der IWF erwartet für Österreich sowohl 2015 als auch 2016 unter den ausgewählten Staaten die höchste Inflation. Im Gegensatz dazu zeichnet sich der österreichische Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich nach wie vor durch eine geringe Arbeitslosenquote aus. Die Schweiz, Deutschland und die Tschechische Republik liegen hier vor Österreich. Beim Leistungsbilanzsaldo weist Österreich einen geringfügig positiven Wert aus. Die Niederlande und Deutschland, aber auch Schweden und die Schweiz erzielen einen hohen positiven Saldo. Einzig Frankreich und Finnland weisen ein Leistungsbilanzdefizit aus. Der Budgetsaldo ist in diesem Vergleich im Mittelmaß, auffallend ist jedoch die fehlende Verbesserung des Budgetsaldos zwischen 2015 und 2016.

2 Trotz verbesserter Profitabilität bleiben Herausforderungen für österreichische Banken

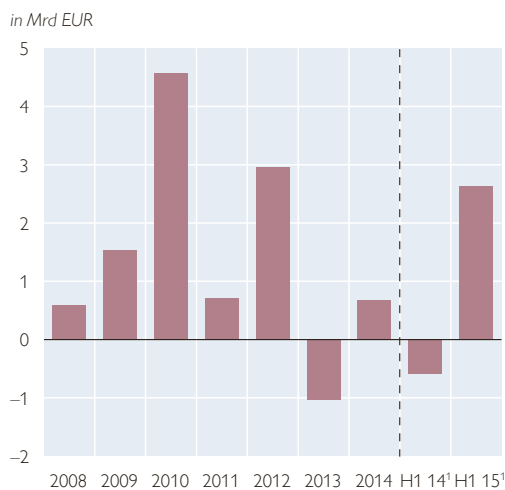
2.1 Verbesserung der Profitabilität und Kapitalisierung – identifizierte Risiken für Finanzmarktstabilität bleiben bestehen

Profitabilität der österreichischen Banken verbesserte sich im ersten Halbjahr 2015

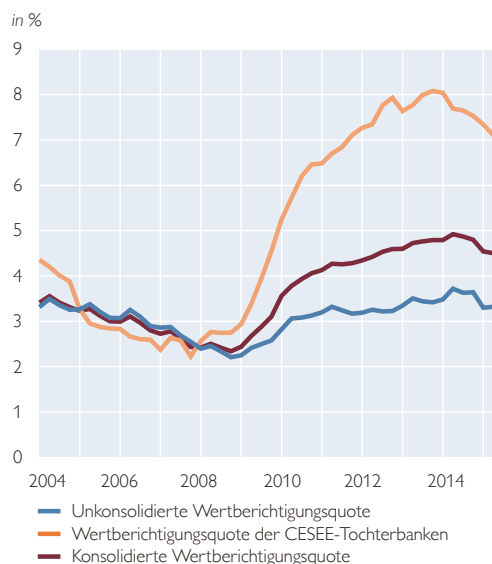
Das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken betrug im ersten Halbjahr 2015 2,6 Mrd EUR und lag damit um 3,2 Mrd EUR über dem Vergleichswert von 2014. Die Gesamtkapitalrentabilität hochgerechnet auf das Gesamtjahr 2015 lag somit bei 0,6%. Zu den wesentlichen Treibern für diese Verbesserung des Periodenergebnisses zählen u.a. der Anstieg des Nettozinsergebnisses, die Erhöhung des Provisionsergebnisses und die deutliche Reduktion der Abschreibungen und Wertminderungen. Die Kreditrisikovorsorgen gingen zwar zurück auf 1,9 Mrd EUR, die Kreditqualität bleibt aber angespannt. Positiv wirkte sich auf diese Zahlen auch aus, dass die Verluste der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe-Adria-Bank International in diesen Zahlen nicht mehr enthalten sind. Trotz dieser Verbesserungen bleibt die Profitabilität der österreichischen Banken durch schwaches Wirtschaftswachstum, flache Zinsstrukturkurven und strukturelle Probleme geprägt.

Grafik 13

Konsolidiertes Periodenergebnis der österreichischen Banken



Wertberichtigungsquoten der österreichischen Banken



Quelle: OeNB.

¹ Die Halbjahreswerte sind nicht mit Jahresendwerten vergleichbar.

Insgesamt bleiben die identifizierten Risiken für die österreichischen Banken bestehen. Darunter fallen: die relative Ertragsschwäche im Inland; die hohe, aber breit diversifizierte Exponierung gegenüber Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) und die verstärkte Gewinnkonzentration auf einige wenige CESEE-

Tabelle 4

Gewinn- und Verlust-Rechnung österreichischer Banken, konsolidiert

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Q2 14	Q4 14	Q2 15
	<i>in Mrd EUR</i>								
Nettozinserträge	19,3	19,5	20,4	20,4	19,3	18,6	9,1	19,3	9,3
Einkünfte aus Gebühren und Provisionen	8,5	7,2	7,7	7,6	7,3	7,6	3,7	7,7	3,9
Handelsergebnis	-2,1	2,6	1,0	0,8	1,1	0,7	0,5	0,4	-0,08
Betriebsergebnis	7,9	15,6	13,5	10,4	12,1	8,0	2,9	8,9	5,7
Ergebnis nach Steuern	0,6	1,5	4,6	0,7	3,0	-1,0	-0,6	0,7	2,6

Quelle: OeNB.

Anmerkung: 2008 erfolgte ein Strukturbruch in der konsolidierten Meldung.

Länder; die unterdurchschnittliche Eigenmittelausstattung wie auch die überdurchschnittliche Größe des Bankensystems.

Verbesserte Kapitalausstattung, dennoch liegen österreichische Banken hinter Vergleichsgruppen

In den vergangenen Jahren kam es zu einem kontinuierlichen Anstieg der Kapitalquoten der österreichischen Banken. Seit Anfang 2014 zeigen sich jedoch leicht rückläufige Quoten: Die harte Kernkapitalquote (CET1) des österreichischen Bankensektors reduzierte sich im Vergleich zum Vorquartal in Q1 2015 leicht auf 11,5 % (-0,2 Prozentpunkte).

Tabelle 5

Konsolidierte Kapitalquoten österreichischer Banken

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Q1 15
	<i>in % der risikogewichteten Aktiva</i>							
Eigenmittelquote	11,0	12,8	13,2	13,6	14,2	15,4	15,6	15,4
Kernkapitalquote: Tier 1 capital ratio	7,7	9,3	10,0	10,3	11,0	11,9	11,8	11,6
Core tier 1 capital ratio (ab 2014: Core equity tier 1)	6,9	8,5	9,4	9,8	10,7	11,6	11,7	11,5

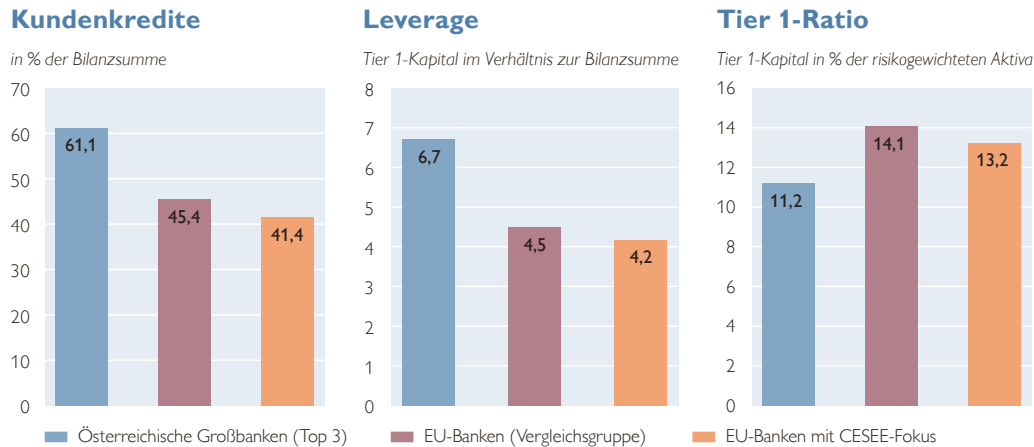
Quelle: OeNB.

Anmerkung: 2008 erfolgte ein Strukturbruch in der konsolidierten Meldung.

Da ab 2014 die Kennzahlen auf Basis der CRD IV kalkuliert werden, kommt es zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit mit früheren Werten.

In Anbetracht der schrittweisen Einführung der neuen erhöhten Eigenkapitalvorschriften unter Basel III, der Empfehlung des Finanzmarktstabilitätsgremiums (FMSG) zum Einsatz von makroprudenziellen Kapitalpuffern (siehe 2.3) sowie der Risikoexponierung der österreichischen Banken gegenüber CESEE und Fremdwährungskrediten sind die österreichischen Banken weiter angehalten, ihre Risikotragfähigkeit zu stärken. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass trotz der Verbesserung der Kapitalquoten in den letzten Jahren in einem europäischen Vergleich die österreichischen Banken unterdurchschnittlich kapitalisiert sind. Demgegenüber weisen österreichische Banken eine bessere Leverage Ratio auf als internationale Vergleichsgruppen.

Grafik 14



Quelle: OeNB, BankScope.

Anmerkung: Gewichtete Durchschnitte per Mitte 2015 oder letztverfügbar.

Kasten 1

Wesentliche Entwicklungen bei Hypo Group Alpe-Adria bzw. HETA Asset Resolution AG seit 2014

Am **11. Juni 2014** wurde vom Ministerrat, den Empfehlungen der Hypo Task Force folgend, der Rechtsrahmen zum Abbau der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (HBInt.) beschlossen. Dieser sieht die Trennung der Vermögenswerte der Bank in Kern- und Nicht-Kern-Vermögenswerte vor, wobei Letztere in Form einer Abwicklungseinheit, die über keine Bankkonzession verfügt, bestmöglich verwertet werden sollen. Am **30. Oktober 2014** erließ die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) den Bescheid zur Deregulierung der Bank. Gleichzeitig erfolgte die Umbenennung der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in „HETA Asset Resolution AG“ (HETA).

Zeitgleich erfolgte die Herauslösung der zum Verkauf bestimmten Kernvermögenswerte der Bank und Bündelung in der in Österreich konzessionierten Hypo SEE-Holding, die mittlerweile in Hypo Group Alpe-Adria AG umfirmiert wurde. Diese hält nunmehr die Tochterbanken der ehemaligen Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in Südosteuropa (SEE). Am **23. Dezember 2014** wurde von der HETA (ausgestattet mit dem Verkaufsmandat für die Hypo Group Alpe-Adria) verlautbart, dass das SEE-Netzwerk an ein Bieterkonsortium, bestehend aus dem US-Fonds Advent International und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) verkauft wird. Die Privatisierung der Hypo Group Alpe-Adria AG wurde mit dem Closing der Transaktion am 17. Juli 2015 abgeschlossen.

Am **27. Februar 2015** informierte die HETA die Aufsichtsorgane sowie ihren Eigentümer, die Republik Österreich, über ihre drohende Zahlungsunfähigkeit auf Basis erster vorläufiger Ergebnisse aus dem Asset Quality Review. Der Bundesminister für Finanzen teilte daraufhin mit, keine weiteren staatlichen Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen (nach dem Finanzmarktstabilitätsgesetz) setzen zu wollen. Als Folge leitete die FMA in ihrer Funktion als österreichische Abwicklungsbehörde gemäß dem Bundesgesetz zur Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG, Umsetzung des neuen europäischen Abwicklungsregimes für Banken) die Abwicklung der HETA per Bescheid ein.

Der am **1. März 2015** von der FMA veröffentlichte Bescheid¹ sieht eine bis 31. Mai 2016 befristete Stundung von Verbindlichkeiten der HETA gegenüber den Gläubigern gemäß BaSAG vor, um die Erstellung eines Abwicklungsplans, der den Zielen des neuen Regimes entspricht, zu ermöglichen.

¹ Für weiterführende Informationen siehe <https://www.fma.gv.at/de/ueber-die-fma/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-detail/article/fma-ordnet-per-bescheid-die-abwicklung-der-heta-asset-resolution-ag-gemaess-dem-bundesgesetz-z.html>

Im Rechtsstreit betreffend Eigenkapitalersatz-Gesetz (EKEG) zwischen der HETA und der Bayerischen Landesbank (BayernLB), hat das Landgericht München I am **8. Mai 2015** ein erstinstanzliches Urteil erlassen. Das Gericht hat mit dem noch nicht rechtskräftigen Urteil den Klagebegehren der BayernLB überwiegend stattgegeben und die Widerklagen (Rückforderungsansprüche) der HETA abgewiesen.

Am **3. Juli 2015** (veröffentlicht am 28. Juli 2015) hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) das Bundesgesetz über Sanierungsmaßnahmen für die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (HaaSanG), das im Jahr 2014 zum Erlöschen von Verbindlichkeiten iHv rund 1,6 Mrd EUR führte, aufgehoben. Aufgrund des Urteils des VfGH wurden diese Verbindlichkeiten in der Bilanz der HETA zum 30. Juni 2015 wieder erfasst.

Am **7. Juli 2015** wurde öffentlich, dass die Republik Österreich und der Freistaat Bayern ein Memorandum of Understanding abgeschlossen haben, auf dessen Basis ein Generalvergleich rund um die Rechtsstreitigkeiten HETA/BayernLB erzielt werden soll. Die von der Republik gebotene Vergleichssumme von rund 1,23 Mrd EUR entspricht rund 45 % jener Summe, die die HETA nach dem Münchner Urteil an die BayernLB zurückzahlen hätte müssen. Im Gegensatz zu den Anleihegläubigern der HETA sind diese Forderungen nicht landesbehaftet. Der österreichische Nationalrat hat mit Beschluss vom **15. Oktober 2015** den zwischen der Republik Österreich und dem Freistaat Bayern vereinbarten Generalvergleich im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten zwischen HETA und BayernLB auf eine rechtliche Basis gestellt. Zusätzlich wurde das Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) geändert, um dem Land Kärnten den Rückkauf landesbehafteter HETA-Anleihen mit Hilfe einer Finanzierung des Bundes zu ermöglichen.

2.2 Fokus der Aktivitäten österreichischer Banken weiterhin auf CESEE Österreichische Banken sind bedeutende Auslandsbanken in CESEE

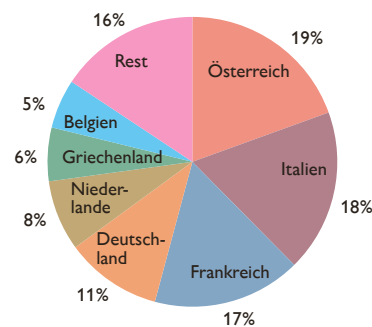
Mitte 2015 beliefen sich die konsolidierten Auslandsforderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken auf rund 316 Mrd EUR, wobei der Fokus des Auslandsgeschäftes mit 197 Mrd EUR auf der CESEE-Region liegt.

Die heterogene Entwicklung in CESEE seit der Krise im Jahr 2008 spiegelt sich in der Profitabilität, Kreditqualität sowie in der Exposure- bzw. Kreditent-

Grafik 15

Engagement der Banken¹ aus den EU-15-Ländern in CESEE

Q1 15

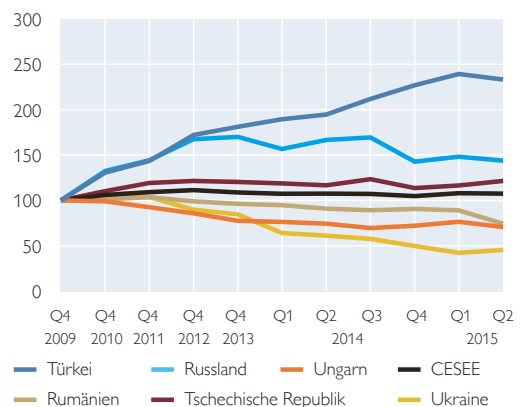


Quelle: OeNB, BIZ.

¹ Banken in mehrheitlich inländischem Besitz.

Entwicklung des Engagements österreichischer Banken² in CESEE

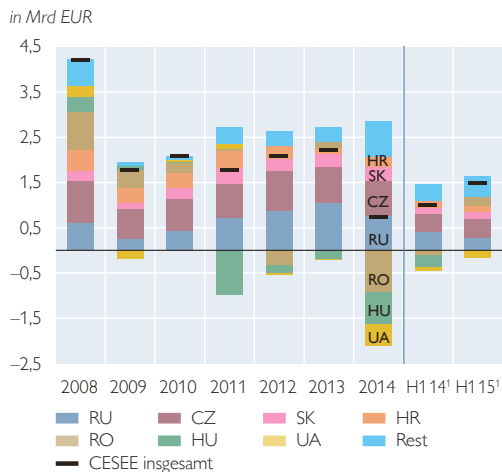
Ende 2009 = 100



² Alle österreichischen Banken (d. h. in inländischem und ausländischem Besitz) inkl. Joint Venture in der Türkei.

Grafik 17

Periodenergebnisse österreichischer Tochterbanken in CESEE



CESEE-Geschäft liefert insgesamt wichtigen Ergebnisbeitrag

Die Aktivitäten der österreichischen Tochterbanken in CESEE bleiben ein wichtiges Geschäftsfeld, wenngleich die höhere Profitabilität mit höheren Risiken auf einigen Märkten einhergeht. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Gewinne vermehrt auf die Tschechische Republik, die Slowakei und auf die vergleichsweise volatileren Märkte Russland und Türkei, was die Notwendigkeit einer nachhaltigen Wachstumsstrategie in der Region unterstreicht.

Im ersten Halbjahr 2015 betrug das aggregierte Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken in CESEE 1,5 Mrd EUR und ist im Jahresvergleich um 47% gestiegen. In den wirt-

schaftlich stabileren Ländern wie der Tschechischen Republik und der Slowakei konnten die österreichischen Banken weiterhin relativ hohe Gewinnbeiträge verzeichnen. Das Geschäft im ursprünglich schnell wachsenden und hoch profitablen Russland verlangsamte sich und die Gewinne gingen zurück, dies ist u.a. auf einen höheren Wertberichtigungsbedarf, gestiegene Refinanzierungskosten und Wechselkursschwankungen zurückzuführen. In der Ukraine weiteten sich die Verluste aus, hingegen wirkte sich eine Verbesserung der Ergebnisse in Ungarn und Rumänien positiv auf den CESEE-Gesamtgewinn aus.

2.3 Aufsichtliche Maßnahmen als wichtiger Beitrag zur Finanzmarktstabilität

Makroprudenzielle Aufsicht beschließt Empfehlungen zu Kapitalpuffern

Zur Stärkung des österreichischen Bankensektors hat das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) im September 2015 Empfehlungen zum Einsatz von makroprudenziellen Kapitalpuffern beschlossen. Der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) wurde empfohlen, Systemrisikopuffer (SRP) zur Abwehr langfristiger, nicht zyklischer systemischer Risiken sowie auf Grundlage der Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) Kapitalpuffer über Andere Systemrelevante Institute („Other Systemically Important Institutions Buffer“, O-SII Puffer) in Österreich von kumuliert bis zu 2% der risikogewichteten Aktiva festzulegen.²

Um die operative Umsetzung zu erleichtern, soll das Inkrafttreten des Systemrisikopuffers (sowie die nachfolgenden Einschleifschritte) zum Anfang eines Kalenderjahres – beginnend mit 1. Jänner 2016 – stattfinden.

² Für weiterführende Informationen siehe www.fmsg.at/publikationen/presseaussendungen/fuenfte-sitzung.html.

Tabelle 6

Systemrisikopuffer: Überblick über identifizierte Institute**Höhe des Systemrisikopuffers**

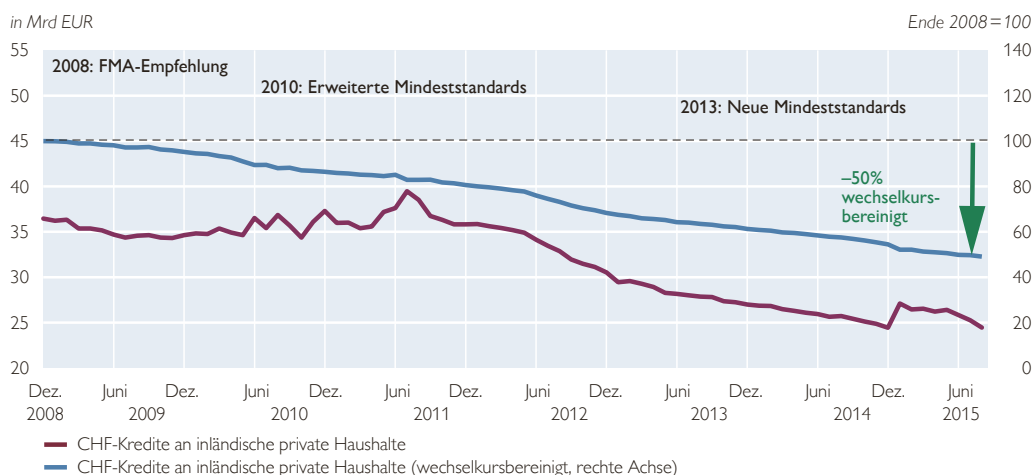
	1.1.2016	1.1.2017	1.1.2018	1.1.2019
<i>in % der risikogewichteten Aktiva</i>				
Erste Group Bank	0,25	0,50	1,00	2,00
Raiffeisen Zentralbank	0,25	0,50	1,00	2,00
Raiffeisen Bank International	0,25	0,50	1,00	2,00
UniCredit Bank Austria	0,25	0,50	1,00	2,00
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich	0,25	0,50	1,00	1,00
Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien	0,25	0,50	1,00	1,00
BAWAG P.S.K.	0,25	0,50	1,00	1,00
Sberbank	0,25	0,50	1,00	1,00
HYPO NOE Gruppe Bank	1,00	1,00	1,00	1,00
Vorarlberger Landes- und Hypothekbank	1,00	1,00	1,00	1,00
Hypo Tirol Bank	1,00	1,00	1,00	1,00
Oberösterreichische Landesbank	1,00	1,00	1,00	1,00

Anmerkung: Von Systemrisikopuffer und Andere Systemrelevante Institute-Puffer kommt der jeweils höhere zur Anwendung.

Aufsichtliche Maßnahmen in Bezug auf Fremdwährungskredite in Österreich und CESEE zeigen Wirkung

Seit mehr als zehn Jahren haben FMA und OeNB die mit Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten verbundenen Risiken aufgezeigt. Bereits 2003 wurde die erste Version der FMA-Mindeststandards veröffentlicht. Im Jahr 2006 wurde die erste Ausgabe eines Informationsfolders bei den Banken an potenzielle Kreditnehmer verteilt und im Herbst 2008 von der FMA die Empfehlung abgegeben, keine neuen Fremdwährungskredite an private Haushalte mehr zu vergeben. Im Jahr 2010 haben sich die österreichischen Banken im Rahmen der „Guiding Principles“ in CESEE dazu verpflichtet, von den riskantesten Formen der Fremdwährungskreditvergabe abzusehen. 2010 folgten außerdem eine Erweiterung und 2013 nochmals eine Überarbeitung der FMA-Mindeststandards.

Grafik 18

Schweizer Franken-Kredite an private Haushalte in Österreich

Quelle: OeNB.

Die aufsichtlichen Maßnahmen zeigen Wirkung, wie die Reduktion des verbleibenden Bestands der an private Haushalte vergebenen Fremdwährungskredite auf 25 Mrd EUR per Ende August 2015 verdeutlicht. Wechselkursbereinigt hat sich das Fremdwährungskreditvolumen der privaten Haushalte seit 2008 sogar um die Hälfte reduziert. Bedingt durch die Aufhebung des Mindestkurses von 1,20 CHF je Euro durch die Schweizerische Nationalbank im Jänner 2015 und die damit verbundene starke Aufwertung des Schweizer Franken, erhöhte sich jedoch die individuelle Belastung der Fremdwährungskreditnehmer deutlich. Dies trifft insbesondere auf Kredite in Verbindung mit Tilgungsträgern zu, welche etwa 75 % der an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen vergebenen Fremdwährungskredite ausmachen. Jene Banken, die eine besonders ungünstige Kombination aus hohen Deckungslücken und kurzen Restlaufzeiten bei Tilgungsträgerkrediten aufweisen, werden verstärkt aufsichtlich adressiert.

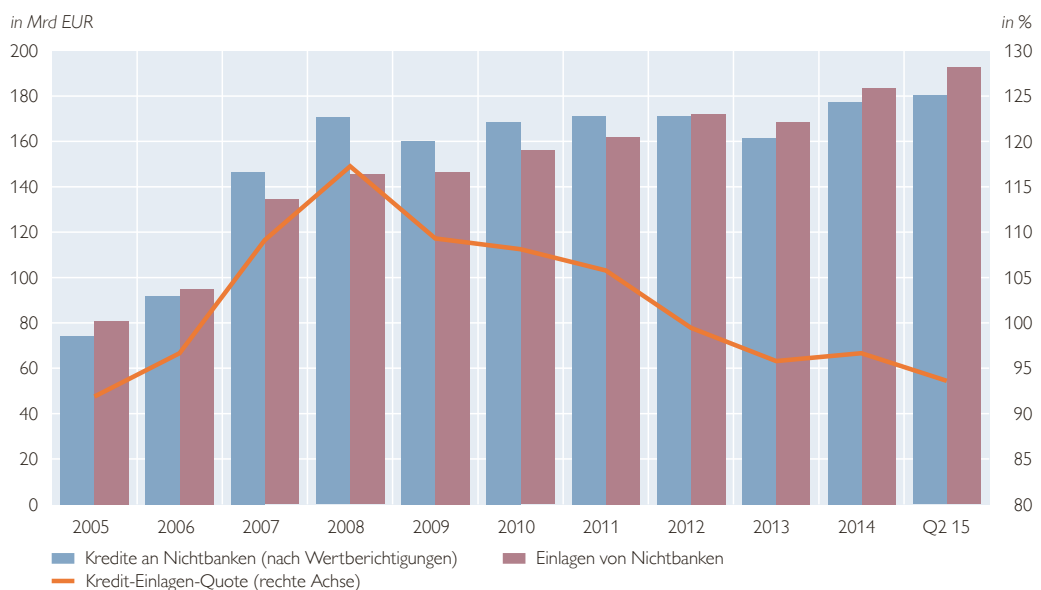
In CESEE hatten österreichische Tochterbanken per Ende Juni 2015 71 Mrd EUR an Krediten in fremder Währung ausstehend, dies entspricht einer Reduktion von fast 15 % im Vergleich zum währungsbereinigten Vorjahreswert. Haupttreiber dieses Rückgangs sind zum einen die gesetzlichen Restrukturierungsmaßnahmen in Ungarn und zum anderen der Verkauf einer ausländischen Tochterbank.

Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle von Großbanken

Eine weitere makroprudenzielle Maßnahme der österreichischen Aufsicht ist die im März 2012 veröffentlichte aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken. Das „Nachhaltigkeitspaket“ zielt unter anderem darauf ab, die Refinanzierungsstruktur exponierter Tochterbanken ausgewogener zu gestalten. Diese Maßnahme

Grafik 19

Kredit- und Einlagenentwicklungen der österreichischen Tochterbanken in CESEE



Quelle: OeNB.

ermöglicht ein nachhaltiges Wachstumsmodell jenseits ausgeprägter Kreditzyklen. In den vergangenen Jahren führte das Nachhaltigkeitspaket somit zu einem nachhaltigeren Geschäftsmodell der österreichischen Tochterbanken in CESEE und reduzierte ihre Abhängigkeit von Liquiditätstransfers der Mutterbanken in Österreich, die sich Ende Juni 2015 auf 22 Mrd EUR beliefen (Höchststand Q2 2011: 48 Mrd EUR).

2.4 Wesentliche Fortschritte in der Errichtung der Bankenunion

Kasten 2

Nationale Umsetzung der Einlagensicherungs-Richtlinie mit Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten beschlossen

Zielsetzung

Das harmonisierte Einlagensicherungssystem, auch als dritte Säule der Bankenunion bezeichnet, zielt darauf ab, die nationalen Systeme der Einlagensicherung zu vereinheitlichen. Nach jahrelangen Verhandlungen konnte die Einlagensicherungs-Richtlinie (Deposit Guarantee Scheme Directive – DGSD) im Frühjahr 2014 abgeschlossen werden und war von den Mitgliedstaaten bis Juli 2015 in nationales Recht umzusetzen.

Im Unterschied zu vielen anderen Mitgliedstaaten ist mit dem Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten (ESAEG), das am 15. August 2015 in Kraft trat, die innerstaatliche Umsetzung bereits erfolgt. Neben Österreich wurde die Einlagensicherungs-Richtlinie bisher in lediglich zehn weiteren Mitgliedstaaten umgesetzt.

Stärkung des Einlegerschutzes

Damit wird der Schutz der Ersparnisse innerhalb der EU mit einer gesetzlichen Einlagengarantie je Kunde und pro Institut mit 100.000 EUR harmonisiert. Darüber hinaus bringt das ESAEG noch eine Reihe weiterer punktueller Änderungen mit sich, wie etwa die Erweiterung des Kreises der gesicherten Einleger um große Kapitalgesellschaften (sofern es sich um keine Finanzdienstleister handelt) oder den erhöhten Schutz besonders gewidmeter Einlagen (z.B. Schmerzensgeld, private Immobilientransaktionen etc.) bis zu 500.000 EUR.

Gemeinsames Einlagensicherungssystem

Das ESAEG enthält mehrere wesentliche Änderungen zur derzeitigen Rechtslage. Eine stellt hierbei die Etablierung eines gemeinsamen Einlagensicherungssystems ab 1. Jänner 2019 dar, dem sich grundsätzlich sämtliche Kreditinstitute anschließen haben. Die fünf derzeit in Österreich bestehenden Einlagensicherungssysteme werden von den Fachverbänden daher noch bis 31. Dezember 2018 weiterbetrieben. Eine Ausnahmemöglichkeit besteht jedoch für institutsspezifische Sicherungssysteme (IPS), die – sofern sie bestimmte Voraussetzungen, wie insbesondere ein gewisses Einlagenvolumen, erfüllen – über Genehmigung der FMA auch nach dem 1. Jänner 2019 ein eigenständiges Einlagensicherungssystem bilden können, sodass gegebenenfalls auch ab 1. Jänner 2019 mehrere Einlagensicherungssysteme in Österreich bestehen können.

Finanzierung

Eine weitere Änderung stellt der Aufbau der von den Kreditinstituten ex ante zu speisenden Fonds dar, die von den Einlagensicherungssystemen zu verwalten sind. Diese Fonds sind durch jährliche Beiträge der Kreditinstitute bis 3. Juli 2024 mit einem Volumen von 0,8 % (rund 1,54 Mrd EUR), der von den teilnehmenden Kreditinstituten gehaltenen gedeckten Einlagen auszustatten.¹ Im Einlagensicherungsfall besteht zudem die Möglichkeit, bei den Kreditinstituten

¹ Der Aufbau hat innerhalb von 9 Jahren mit rund 170 Mio EUR pro Jahr zu erfolgen.

ex post Sonderbeiträge einzuheben, sofern die im Fonds vorhandenen Mittel nicht zur Deckung der Einlegeransprüche ausreichen. Sollte auch dies nicht ausreichend sein, kann die Einlagensicherung Kredite aufnehmen – hier besteht zudem für den Bund die Möglichkeit, im Einzelfall per Sondergesetz, Haftungen für die Kreditrückzahlung zu übernehmen.

Stärkung der aufsichtlichen Rolle

Letztlich ist noch die Stärkung der aufsichtlichen Rolle gesondert hervorzuheben. Während die Einlagensicherungssysteme bisher lediglich Informationspflichten zu erfüllen hatten, werden sie nunmehr einer engen Beaufsichtigung unterworfen. Diese wird gemeinsam von FMA und OeNB wahrgenommen, wobei die Aufgabenteilung grundsätzlich analog zum dualen Aufsichtssystem geregelt wurde.

Aktuelle Diskussion

Offen bleibt, ob das kürzlich beschlossene Gesetz, aufgrund europäischer Entwicklungen in naher Zukunft bereits wieder geändert werden muss. Die Einlagensicherung stellt neben Aufsicht und Abwicklung die dritte Säule der Bankenunion dar. Während bei den ersten beiden Säulen im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus und des einheitlichen Abwicklungsmechanismus die Zuständigkeit bei europäischen Institutionen liegt, fällt die Einlagensicherung nach wie vor in die nationale Verantwortung der Mitgliedstaaten. Lediglich die wesentlichen Regeln wurden durch die Richtlinie harmonisiert. Nunmehr wird im Bericht der fünf Präsidenten von Europäischer Kommission, Europäischem Parlament, Euro-Gruppe, Euro-Gipfel und EZB („Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“) vom 22. Juni 2015 bereits die Einrichtung einer europäischen Einlagensicherung gefordert. Deren Grundstein soll gemäß dieser Forderung bereits in naher Zukunft gelegt werden, wobei die Präsidenten hierbei zunächst in einem ersten Schritt auf eine Art Rückversicherungssystem auf europäischer Ebene plädieren.

3 Tabellenanhang

Tabelle 1

(Prognose: Eurosystem, OeNB, Juni 2015)

BIP real¹

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	3,4	3,6	1,5	-3,8	1,9	2,8	0,8	0,3	0,4	0,8	1,6
Euroraum	3,2	3,0	0,5	-4,5	2,0	1,6	-0,8	-0,3	0,9	1,5	1,6
EU	3,4	3,1	0,5	-4,4	2,1	1,7	-0,5	0,2	1,4	1,9	1,9

Verbraucherpreisindizes¹

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	1,7	2,2	3,2	0,4	1,7	3,6	2,6	2,1	1,5	1,0	1,7
Euroraum	2,2	2,1	3,3	0,3	1,6	2,7	2,5	1,4	0,4	0,2	1,0
EU	2,2	2,3	3,7	1,0	2,1	3,1	2,6	1,5	0,6	0,1	1,1

Arbeitslosenquoten¹

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % der Erwerbstätigen										
Österreich	5,3	4,9	4,1	5,3	4,8	4,6	4,9	5,4	5,6	5,8	5,6
Euroraum	8,4	7,5	7,6	9,5	10,0	10,1	11,3	12,0	11,6	11,0	10,5
EU	8,2	7,2	7,0	9,0	9,6	9,6	10,4	10,8	10,2	x	x

Leistungsbilanzsalden¹

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP										
Österreich	3,3	3,8	4,5	2,6	2,9	1,6	1,5	1,9	2,0	1,6	1,7
Euroraum	0,3	0,3	-0,6	0,3	0,4	0,6	1,9	2,5	3,0	3,1	3,0
EU	-0,2	-0,5	-1,3	-0,1	0,0	0,2	1,0	1,5	1,6	2,1	2,1

Budgetsalden¹

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP										
Österreich	-2,5	-1,3	-1,4	-5,3	-4,5	-2,6	-2,2	-1,3	-2,7	-2,0	-1,7
Euroraum	-1,5	-0,6	-2,2	-6,3	-6,2	-4,1	-3,7	-3,0	-2,6	-2,0	-1,7
EU	-1,6	-0,9	-2,5	-6,7	-6,4	-4,5	-4,3	-3,3	-3,0	x	x

Staatsschuldenquoten¹

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP										
Österreich	67,0	64,8	68,5	79,7	82,3	82,2	81,6	80,8	84,2	86,7	85,6
Euroraum	67,4	65,1	68,7	78,5	84,0	86,1	89,5	91,3	92,3	93,7	92,8
EU	60,4	57,8	61,0	73,0	78,4	81,0	83,8	85,5	86,8	x	x

Quelle: Eurostat, OeNB, EZB.

¹ 2015 bis 2016: Prognose des IWF, Oktober 2015.

Anmerkung: x = Daten nicht verfügbar.

Tabelle 2

Zinszahlungen des Staates¹

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	3,2	3,1	3,1	3,0	3,2	2,9	2,8	2,6	2,5	2,4

Quelle: Statistik Austria.

¹ Zinszahlungen laut budgetärer Notifikation (Maastricht-Definition), d.h. unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Swaps.

Tabelle 3

Verschuldung der Haushalte

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	<i>in % des verfügbaren Nettoeinkommens</i>									
Österreich	x	88,8	88,6	90,2	90,4	93,5	93,5	89,8	89,4	88,2
Euroraum	x	107,8	111,1	112,1	115,7	118,4	118,7	118,7	117,3	116,4
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	x	53,1	52,4	53,0	54,3	55,3	53,9	52,6	51,4	50,8
Euroraum	x	64,6	65,4	66,4	70,8	71,0	70,8	70,5	69,4	68,5

Quelle: EZB, OeNB.

Tabelle 4

Verschuldung des Unternehmenssektors¹

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	<i>in % des Bruttobetriebsüberschusses²</i>									
Österreich	x	199,5	209,8	218,1	230,9	230,9	227,6	233,9	236,4	240,1
Euroraum	x	219,6	226,4	238,8	252,7	251,0	248,7	254,2	250,5	255,4
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	x	84,1	89,3	91,3	92,4	93,6	92,6	93,2	93,1	93,8
Euroraum	x	92,8	96,5	100,8	103,5	103,9	102,9	103,7	102,2	103,4

Quelle: EZB, OeNB.

¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.² Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

Tabelle 5

Immobilienpreisindex

	2010	2011	2012	2013	2014	Q4 13	Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14
	<i>Index 2000=100</i>									
Österreich ohne Wien	121,1	124,0	137,4	141,1	145,4	147,3	146,5	144,5	150,2	150,1
Wien	143,9	156,1	180,7	196,3	204,6	207,3	202,2	204,4	206,8	208,7
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Österreich ohne Wien	5,5	2,3	10,8	2,7	3,1	4,3	2,6	3,2	4,8	1,9
Wien	7,8	8,5	15,7	8,7	4,2	5,8	2,2	1,0	1,1	0,6

Quelle: OeNB, TU Wien.

Die halbjährlich erscheinende Publikation „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ gibt einen kompakten Überblick über die real- und finanzwirtschaftliche Entwicklung Österreichs und stellt diese in den internationalen Kontext. Die Aktualisierung der Kennzahlenübersicht zu Beginn der Publikation erfolgt vierteljährlich.

**Medieninhaber
und Herausgeber**

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-046698

Koordination

Matthias Fuchs

Inhaltliche Gestaltung

Klaus Vondra, Daniela Widhalm

Redaktion

Brigitte Alizadeh-Gruber

Layout und Satz

Walter Grosser

Grafische Gestaltung

Abteilung Informationsmanagement und Services

Druck und Herstellung

Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

© Oesterreichische Nationalbank, 2016. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024

